



Schleswig-Holsteinischer Landtag
Sozialausschuss
- L 212 -

Kiel, 8. April 2011
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1144
(0431) 988 1146
Fax (0431) 5300 4 1144

K u r z b e r i c h t

über die

27. Sitzung des Sozialausschusses

*am Donnerstag, dem 7. April 2011,
im Sitzungszimmer 122 des Landtages*

Beginn: 14:05 Uhr

Der Ausschuss führte eine Anhörung zum Thema **Entwicklung in der Eingliederungshilfe/Moratorium** durch.

Er nahm sodann Berichte des Sozialministeriums über die **Entwicklung der palliativmedizinischen Versorgung in Schleswig-Holstein**, zur **Umsetzung der Haushaltsbeschlüsse bei den Jugendverbänden**, zum jeweiligen aktuellen Sachstand des Entwurfs einer **Hygieneeverordnung** sowie zur **Umsetzung des Teilhabe- und Bildungspakets in Schleswig-Holstein** der Landesregierung entgegen, an die sich Diskussionen anschlossen.

Die antragstellende Fraktion der SPD zog ihren Antrag **Entschädigung für Opfer von Heimerziehung**, Drucksache 17/914, zurück.

Sodann beriet der Ausschuss die vorliegenden Anträge zum Thema **Mehrgenerationenhäuser im bisherigen Umfang durch den Bund weiter fördern**. Die Fraktion DIE LINKE zog den von ihr eingebrachten Antrag Drucksache 17/1383 zurück. Im Rahmen einer alternativen Abstimmung sprachen sich die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW für den als selbstständig erklärten Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 17/1406, und die Fraktionen von CDU und FDP für den ebenfalls als selbstständig erklärten Änderungsantrag Drucksache 17/1415 aus. Damit empfahl der Ausschuss dem Landtag, die Drucksache 17/1415 anzunehmen und die Drucksache 17/1406 abzulehnen.

Er nahm die Beratung der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der SPD hinsichtlich **Erfahrungen mit der Umsetzung des Gesetzes zum Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens in Schleswig-Holstein**, Drucksache 17/1248, auf und kam überein, eine schriftliche Stellungnahme der kommunalen Landesverbände über die Umsetzung des Gesetzes anzufordern.

Der Ausschuss beriet ferner den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Homophobie aktiv bekämpfen!, Drucksache 17/502, den diese durch die aus Umdruck 17/2032 ersichtliche Fassung ersetzte. Er empfahl dem federführenden Innen- und Rechtsausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW, den Antrag abzulehnen.

Hinsichtlich des Antrags der Fraktion DIE LINKE **Für eine erleichterte Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen, Bildungs- und Berufsabschlüssen**, Drucksache 17/1374 (neu), schloss er sich dem vom Innen- und Rechtsausschuss beschlossenen Votum an und empfahl dem federführenden Bildungsausschuss, eine schriftliche Anhörung durchzuführen und den Bericht der Landesregierung aus der letzten Legislaturperiode, Drucksache 16/2525, und den Kabinettsbeschluss der Bundesregierung zu diesem Thema in die Beratungen einzubeziehen.

Schluss: 18:25 Uhr

gez. Petra Tschanter